

„Atmende Unternehmen“, atemlose Menschen?

Elmar Altvater

Der Schneeball wurde von den öffentlichen Arbeitgebern schon vor geraumer Zeit geworfen. Die Lawine, die er auslöste, hat inzwischen Siemens, Daimler-Benz, MAN, Philips, die Bahn AG, Ferienflieger wie Thomas Cook etc. mitgerissen. Es scheint kein Halten mehr zu geben, zumal Medien und Minister, Bundeskanzler und Bundespräsident das in deutschen Unternehmen ablaufende Naturschauspiel beifällig beobachten und wohlwollend kommentieren: Es handelt sich um einen beispiellosen Modellwechsel von Sozialstaat und ökonomischer Regulierung, mit einer Arbeitszeitverlängerung auf 40 bis 50 Stunden, einer enormen (und in ihren Ausmaßen schwer zu berechnenden) Senkung der Lohn- und Gehaltseinkommen und einer ebenso enormen Steigerung der Unternehmensgewinne. Was haben die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen dafür erhalten? Bei Daimler eine Arbeitsplatzgarantie für mehrere Jahre, von der aber niemand weiß, wie sie im Falle eines Falles eingeklagt werden kann. Allerdings ist deren Wert in den letzten Monaten durch die Hartz IV-Gesetze der Bundesregierung gesteigert worden. Denn wehe denen, die arbeitslos werden. Die Arbeitsbeziehungen sind politisch von der Regierung so gestaltet, dass die ökonomische Erpressung wirksam werden kann.

Vergessen ist, dass seit der Wiederkehr struktureller Massenarbeitslosigkeit mit der Politik der Arbeitszeitverkürzung Hunderttausende von Jobs entstanden sind. Zumindest zeigen dies Analysen des DIW, dessen Präsident so forsch eine 50-Stunden-Woche ins Gerede bringt. Mikroökonomische Rationalität gegen gesamtwirtschaftliche Vernunft.

Die Ökonomen waren schon einmal aufgeklärt. Karl Marx zitiert einen unbekannten Verfasser aus dem Jahre 1821 mit den Worten „wahrhaft reich eine Nation, wenn statt 12 Stunden 6 gearbeitet werden. Wealth ist nicht Kommando von Surplusarbeitszeit, sondern disposable time außer der in der unmittelbaren Produktion gebrauchten...“. Er fügt hinzu: „Die wirkliche Ökonomie... besteht in Ersparung von Arbeitszeit...“.

Doch unter dem Druck der Globalisierung scheint es umgekehrt zu sein. Je mehr Stunden im Jahr geschuftet wird, desto mehr Wert entsteht, desto besser die Wettbewerbsfähigkeit, desto reicher das Land. Das Land? Diejenigen, denen längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich abverlangt werden, haben bestenfalls plus-minus-null auf dem Konto und dafür weniger freie Zeit für Hobby und Familie und – vor allem – für politisches Engagement. Das was sie in verlängerter Arbeitszeit mehr produzieren, kommt ausschließlich den Unternehmen als Steigerung der Gewinne zugute, zumal dann, wenn auch noch Löhne gekürzt werden. Und wenn die zusätzliche Produktion nicht abgesetzt werden kann, werden Leute entlassen. Eine generelle Arbeitszeitverlängerung ist makroökonomisch das sicherste Mittel zur Steigerung der Arbeitslosigkeit. Ob die höheren Gewinne und niedrigeren Löhne einen Investitionsboom auslösen, wie manche Ökonomen mutmaßen, ist mehr als zweifelhaft. Viel

eher ist eine weitere Drehung der Deflationsspirale zu erwarten. Die Effekte sind in jeder Hinsicht makroökonomisch fatal. Daher wäre in dieser Situation aktive Wirtschaftspolitik verlangt, um die mikroökonomischen Rationalitäten im Interesse der Gesellschaft zu korrigieren. Doch dies unterlässt die Regierung.

Deutschland ist bereits Exportweltmeister, und dies trotz angeblich zu hoher Löhne und zu kurzer Arbeitszeiten. Die Lohnstückkosten sind in Deutschland nach Angaben der OECD im vergangenen Jahrzehnt gesunken, während sie in der EU oder in den USA gestiegen sind. Noch geringere Kosten am „Standort Deutschland“ erzwingen eine neue Runde des „Wettlaufs der Besessenen“. Die Löhne können gar nicht niedrig genug und die Arbeitszeiten nicht lang genug sein, um dem Schneewittcheneffekt zu entgehen: „Hinter den sieben Bergen etc., da ist eine noch schöner als du...“ Vom Bundeskanzler bis zum Volontär bei der Bild-Zeitung rennen sie wie die Königin in Alices Wunderland immer schneller und bewegen sich dabei nicht vom Fleck.

Die Chefs von Mercedes Benz, Siemens und Co. müssen hohe Renditen für die „Shareholders“ erwirtschaften. Die Finanzplätze konkurrieren gegeneinander. Anders als auf Gütermärkten sinken auf ihnen in der Konkurrenz die Preise nicht. Zinsen und Renditen werden im Gegenteil nach oben getrieben. Stimmt nämlich im internationalen Schönheitswettbewerb die Rendite nicht, dann sucht sich das Kapital eine „neue Heimat“. Denn die liberalisierten internationalen Kapitalmärkte lassen dies zu. Der Druck der Finanzmärkte und der „Shareholders“ wird als Erpressung an Belegschaften und Gewerkschaften weitergegeben, zumal wenn die Gewerkschaften infolge der Arbeitslosigkeit schwach sind. Unter der Lawine der neuen Belastungen, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu tragen haben, werden Sozialstaat und das Sozialmodell des „Standorts Deutschland“ begraben.

Es steht mehr auf dem Spiel als Arbeitszeit und Arbeitslohn, die Würde der Menschen nämlich und der soziale Ausgleich in der globalisierten Welt. Dort kommt es auch darauf an, durch Regeln für Finanz- und Warenmärkte den Druck zu mindern, der die Erpressungsversuche provoziert. Nichts gegen Flexibilität der Arbeit, doch darf diese nicht einseitig der marktgesteuerten Auftragslage der Unternehmen angepasst werden. Unternehmen „atmen“, heißt es im Managementjargon. Doch müssen Menschen deshalb atemlos den Interessen der Unternehmen untergeordnet werden? Menschen atmen auch, und ihr Rhythmus ist mindestens so wichtig wie der der Unternehmen.

Prof. Dr. Elmar Altvater, lehrt Politische Ökonomie im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaft des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.
e-mail: altvater@zedat.fu-berlin.de